

# Die Arbeiter.

Immer strebe zum Ganzen! Und kañst Du selber kein Ganzes  
Werden, als dienendes Glied schliess an ein Ganzes Dich an!

## Organ des Verbandes der Porzellan- u. verwand. Arbeiter beiderl. Geschl.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark. Postzeitungsnummer 282. Insertionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: A. Jahn, Berlin S. O., Engelhofer 15 A.

Nr. 43.

Berlin, den 25. Oktober 1901.

28. Jahrg.

### Bekanntmachung!

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: Berlin (Mantl, Bergmannstr. 110), Stadtlengsfeld (Firma Schweizer), Tillowitz (gräflich Frankenberg'sche Fabrik), Tripplis, Neekendorf in Westfalen (Firma Gressel u. Co.), Begefad.

Der Vorstand.

### „Nach uns die Sintflut!“

So denkt jetzt während der „Krise“ mancher Unternehmer innerhalb der Porzellanerei. Wenn er nur ein Geschäft macht, fragt er den Teufel nach einer geregelten Abwicklung desselben, selbstverständlich noch viel weniger nach dem „Wohlergehen“ der Arbeiter.

Wir wollen heute einmal Gebrauch von den Mitteilungen einiger Kollegen über derartige „Nackerei“ seitens einer Firma machen. Den Namen derselben wollen wir noch verschweigen, weil gerade bei dieser Firma wenig organisierte Arbeiter beschäftigt sind und an eine Korrektur ihres wie Interessen sowohl der Unternehmer als der Arbeiter schädigenden Verhaltens, zur Zeit nicht zu denken ist. Das heißt, die Arbeiter resp. deren Organisation könnte zur Zeit dort nichts ausrichten, wogegen die koalitierten Unternehmer sehr wohl dieser Firma einen Dämpfer aufsetzen könnten, sofern ihnen geordnete Zustände an der Herstellung der Waaren und des Verkaufes derselben etwas gelten würde. Daß sie die Arbeiterschaft dabei auf ihrer Seite hätte, bedarf gewiß keiner Versicherung.

In der betreffenden Fabrik, die wir im Auge haben (es ist nicht daran zu zweifeln, daß sie nicht einzig und allein solche Maximen befolgt) geht es folgendermaßen zu. Der Reisende, der Direktor selbst geht auf Reisen und empfiehlt den Kunden seine Waare. Aufträge werden erteilt, es heißt nun so schnell als möglich dieselben effektuieren. Die reinste Nackerei und Jagerrei tritt ein. Überall herrscht Geschäftsfraus, die verständigen Arbeitgeber teilen die Arbeit ein, daß ihr Arbeitspersonal so viel als eben möglich beschäftigt wird und sie sich dasselbe für günstigere Zeiten reservieren. In unserer im Auge habenden Fabrik wird häufig wie nach so manch ande-  
rem, nicht gefragt:

Bis da und dahin muß das Zeug fertig sein, arbeiten Sie über Feierabend, arbeiten Sie Sonntags, wenn anders es nicht geht, heißt es. Sind im Personal doch welche, die solche Hezerei in Zeiten des Allgemein schlechten Geschäftsganges nicht mitmachen wollen und zögern, denen einfach mit dem Baumpfahl begreiflich gemacht wird, daß das Geschäft sie gut entbehren kann. Ihr werdet noch genug hammeln können, überhaupt habt Ihr Euch nicht manfig zu machen, wo wir nur die Finger auszustrecken brauchen, um an jedem duzendweisen Arbeiter zu bekommen!

Ohne Rückgrat, ohne durch Zugehörigkeit zur Organisation wenigstens etwas gestieft zu sein, fügt man sich, es wird geschunden, was das Zeug hält, die Aufträge werden fertig gestellt. Nun, vielleicht verdienen die Arbeiter in Folge onstrengenden Arbeitens etwas mehr, um sich, wenn die Arbeitsruhe eintritt damit über Wasser halten zu können? Welt gefehlt; das würde nur der Fall sein können, wenn beispielsweise die Maler sich die Farben und das Gold stehlen könnten, wie es in Thüringen die Schiefertafelmacher mit dem Holz, was sie zu den Rahmen brauchen, thun sollen.

So schön und reich oft die diversen Muster, die diese Fabrik ihren Kunden offeriert, sein mögen, so niedrig ist der Akkordlohn, der dafür ausgesetzt ist. Mit 1,50 Mk. Verdienst pro Tag muß sich der Maler oft begnügen. In halbwegs mit Einsicht geleiteten Fabriken kalkuliert man wenigstens einen Preis heraus, der dem Dreher oder Maler dann als Norm gilt. Hier ist es in vielen Fällen anders. Der von Reisenden ergattete Auftrag wird in Arbeit gegeben, es heißt einfach so viel und nicht mehr gibt es Arbeitslohn dafür, nun fix an die Arbeit. Wir müssen konkurrieren, sonst haben wir nichts zu thun, im übrigen, wenn es nicht paßt, der kann gehen. Diese auf solche Art schnell und billig hergestellten schönen und reichen Muster gehen verhältnismäßig stark, was nicht Wunder nimmt; die allgemeine Geschäftsfraus wird von dieser Fabrik sehr benutzt, sie liefert rasch und billig. Sie macht trotzdem ihr Geschäft. Ankündigte Geschäfte, die solches Schandern und Jagen verschmähen, sie sind die Geschädigten.

Nach das, weil man gerade jetzt zur Zeit der Krise die organisierten Arbeiter im Auge

meinen, daß er anfieht und sie bei der geringsten Belegen sei, maßregelt.

Die unorganisierten Elemente, denen nichts an einer ernstlichen Bestrebung liegt, die ganzen Verhältnisse, nicht nur die Verhältnisse, einer Besserung entgegen zu führen, sie sind die Besseren in den Augen so mancher Fabrikanten, so auch in der hier in Frage kommenden Fabrik.

Sie selbst haben bei Verdiensten von 9, 12 und 15 Mk. die Woche gewiß wenig mehr als das liebe, elende Leben, der Fabrikant hat aber seinen Profit durch sie, die ganze Industrie aber wird dadurch immer mehr und auf ein Niveau herabgedrückt, daß Porzellan und sei es noch so schön und reich bemalt, verguldet und versilbert ist, nur mehr als gewöhnliche Topfwaare gilt.

Welche ungewöhnliche Drückerei in solchem Geschäfte herrscht, wo Arbeiter mit aller Anstrengung günstigfalls 2 Mk. pro Tag verdienen (bei reichen Mustern) geht auch aus Folgendem hervor.

Der Herr Reisende will bei seinen Kunden bemerkt haben, daß diese gern ein ihnen gefallendes Muster bestellt hätten, es hätte aber am Boden der Tasse oder dergl. ein Zeichen gefehlt. Jetzt wird nun flugs angeordnet, daß bei jedem Stück ein Zeichen, was ca. ein Dupend Zahlen ausmacht, angebracht wird. Eine dafür angelegte des schon an und für sich miserablen Akkordlohnes beantragte geringe Vergütung wird prompt abgelehnt. Der Herr Direktor verlangt es, wenn nicht paßt — mir ist es egal, ich schmeiße alle mit einander hinaus, meine Ruhe will ich haben. Nun, die Herren Kollegen werden nun eben umsonst die Zahlen an die Stücke malen, ihr Verdienst wird dadurch beschränkter, doch der Junger, der, wenn nicht schon jetzt vorhanden, in Aussicht gestellt wird, gewinnt sie — allerdings auch ihre Ohnmacht. Ihre Ohnmacht, der sie durch ihre grenzenlose Gleichgültigkeit der Berufsorganisation gegenüber anheim gefallen sind.

Daß natürlich in diesem Stadium, wovon hier die Rede ist, auch sonst noch Mängel genug bezüglich der ganzen Arbeiterverhältnisse vorhanden sind, ist selbstredend.

Wir haben schon betont, daß wir gerade zu den Zeiten der Krise die organisierten Arbeiter im Auge

daß die wenigen der dort Organisierten etwas bessern können.

Ja, es würde der Herr Direktor am Ende sich nach dem Vorbilde berühmter Muster à la Gelmin richten, wenn wir seinen Namen veröffentlichten und eine, wenn auch nur kleine, Aussperrung in Scene setzen. Es kommt uns also nicht so sehr darauf an, gegen diese Fabrik etwa allein zu polemisieren, als vielmehr im Allgemeinen auf das Schädliche für die ganze Branche durch solche Geschäftshandhabung hinzuweisen. Wie sollen anständige Geschäfte, die an Orten domicilieren, wo Arbeitsverdienste von 9—12 Mk. die Woche doch zu den Unmöglichkeitlichkeiten gehören, weil die Lebensverhältnisse dort andere sind, wie können die denn mit solchen „Buden“ konkurrieren? Der Schleuderkonkurrenz wird doch Thür und Thor geöffnet, wenn man seitens der diversen „Vereinigungen zur Hebung der Porzellanindustrie“ nichts gegen eine solche Ausbeutung der Arbeitskraft und der momentanen Geschäftsflaute unternimmt. Oder denken alle Unternehmer: „Nach uns die Sintfluth!“ rechnen sie gar nicht damit, daß auch einmal ihre Nachkommen noch leben, noch ein anständiges Geschäft machen wollen?

So breit auseinander ja auch die Ziele der organisierten Arbeiterschaft und jener der Unternehmer gehen mögen, anlässlich der Bekämpfung der Schleuderkonkurrenz dürfte doch ein gemeinsames Vorgehen praktisch sein.

Freilich, die Arbeitgeber merken ja von dem Glend, was solche Ausbeutung, was solche Zeit wie die jetzige, mit sich bringt, nichts, sie leben immerhin noch einen „guten Tag“ und hoffen auf baldige Besserung. Desto mehr aber muß man sich wundern, wenn die Arbeiter so gleichgültig in den Tag hineinleben, nicht versuchen, durch Anschluß an die Organisation, sich aus dem Sumpf zu retten. Haben auch sie etwa viel zu hoffen von einer Besserung der Geschäftszeit? Wir glauben, daß diejenigen Berufsgenossen, die, wie in der oben geschilderten Fabrik, sich mit Hungerlöhnen begnügen, sich noch neue Bebrückungen gefallen lassen müssen, daß ihnen auch bei wieder eintretender günstigerer Konjunktur keine Rosen blühen werden, sie mögen sich jetzt noch so sehr ducken und alles auf die schlechte Zeit schieben. Die jetzt von der löblichen Direktion mit Hilfe der Geschäftsflaute leichtlich eingeführten niederen Existenzbedingungen werden zumelst auch dann als „angemessene“ bestehen bleiben. Es wird dann seitens der Firma sehr „auf Preise“ gehalten werden.

Viele von denen, die heute in den sauren Apfel beißen und mit dem noch so schlechten Verdienst vorlieb nehmen müssen, um nicht zu verhungern, könnten allein schon darum erkennen, wie vorthellhaft es ist, einer Organisation anzugehören, die ein Vierteljahr lang bei Arbeitslosigkeit Unterstützung bezahlt. So mancher von denen, die die Arbeitslosenunterstützung jetzt haben, wird es in deutlicher Weise unter die Nase gerieben bekommen haben, daß, wenn er etwas billiger arbeitet, er weiter in Stellung bleiben kann. Ein Berufsgenosse, der es aber mit sich und der Allgemeinheit ehrlich meint, geht auf solche Zumuthungen und Anerbietungen, deren Annahme unheilvolle Folgen nach sich ziehen, nicht ein. Er wird trotzdem viel ruhigeren Blutes der Zukunft entgegensehen können, mag sie noch empfindlichere Geschäftsflaute oder eine Wendung zum Besseren bringen.

Es ist keine Frage, daß in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges es sehr viel schwerer ist, für die Organisation neue Mitglieder zu gewinnen als in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwunges, wenn jedoch den

Berufsgenossen noch zu rathen ist, so müßten sie gerade jetzt recht eifrig dabei sein, die Organisation durch Eintritt in dieselbe zu stärken, jene, die bereits organisiert sind, müßten alles thun, um etwaige Wankelmüthige zu stützen. Die zur Zeit wegen einer beachtlichen anderweitigen Regelung der Rechte der Mitglieder geäußerten Momente, vielleicht auch die nun aufgetauchte Frage einer Beitragserhöhung um 5 Pfennige mag besonders hemmend bei der Gewinnung neuer Mitglieder in die Erscheinung treten. Alles dies aber darf keine Rolle spielen, wenn es gilt, unsere Position zu behaupten. So wenig Erfolge wir auch durch eventuelle Streiks erreicht haben mögen, wäre unsere Organisation mit ihren mancherlei segensreichen Einrichtungen nicht gewesen, es wäre mit der Arbeiterschaft wohl noch ganz anders, b. h. viel rigorosere umgesprungen worden.

Vielleicht errathen die Berufsgenossen in jener Fabrik, deren Mächenschaften uns den Grund zu diesen Ausführungen gab, daß in erster Linie sie gemeint sind, die die Organisation so nothwendig brauchen. Doch kann auch allgemein in den Kreisen der Kollegen sehr wohl an die eigene Brust geschlagen werden; überall, jedem Berufsgenossen thut es noth, daß er dafür sorgt, die Berufsorganisation auszubreiten, ihr neue Mitglieder zuzuführen und sie zu stärken.

Wir wollen nicht dem „Nach uns die Sintfluth!“ huldigen, sondern an dem Werke mitarbeiten, welches die moderne Arbeiterbewegung auführt und was unseren Nachkommen zu Gute kommt. Wir sollen deswegen auch in Zeiten wie jetzt, alles thun, um ein weiteres Sinken der Löhne aufzuhalten und uns lieber in der Arbeitszeit beschränken, statt, wie es trotz Geschäftsflaute vorkommt, Sonntags zu arbeiten, um ein Gleichgewicht gegen die miserablen Akkordlöhne zu schaffen. Ob die Polizei von der Sonntagsarbeit in fraglicher Fabrik verständigt ist? Wir würden ausnahmsweise da einmal auch nach der Polizei rufen.

### Einen zähen Kampf

führt die Gewerkschaftsorganisation der Schneider und Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen im Interesse der Konfektionsarbeiter. Es war im Jahre 1885, als anlässlich des sozialdemokratischen Arbeiterschutzwurfes die damalige Schneiderorganisation für dessen Annahme an den Reichstag petitionirte und bei dieser Gelegenheit zum ersten Male auf die Entwicklung der Konfektionsindustrie die Aufmerksamkeit des Reichstages lenkte. Seitdem verging kaum ein Jahr, ohne daß die Frage der Konfektionsindustrie von der Schneiderorganisation in irgend einer Weise behandelt wurde. Erst 1888, in welchem Jahre der gegenwärtige Schneiderverband gegründet wurde, ist auf jedem Schneiderkongresse, sowie auch auf dem zweiten allgemeinen Gewerkschaftskongress zu Berlin und auf dem Breslauer Parteitage der sozialdemokratischen Partei über die Lage der Konfektionsarbeiter gesprochen, über die Mittel, dieselbe zu verbessern, verhandelt worden. Eine ganze Reihe Resolutionen liegen vor, in denen die Wünsche im Interesse der Konfektionsarbeiter niedergelegt wurden. Auch eigene Konferenzen der Konfektionsarbeiter wurden veranstaltet, eine lebhafteste Agitation über das ganze Land hin entwickelt, die öffentliche Meinung für die Schicksale der Hunderttausende erwärmt, die in der handindustriellen Kleiderindustrie thätig sind. Mit außerordentlich großen Opfern, zu denen die gesammte Arbeiterschaft ihr Scherlein beitrug, wurde im Jahre 1896 in den großen Konfektionsorten gestreikt. In Berlin

legten damals über 30 000 Arbeiter und Arbeiterinnen die Nadel weg. Es war gelungen, eine der tiefstehenden Schichten der Arbeiterklasse, die ihr Leben hoffnungslos führte, die körperlich und geistig elend dahinsiechte, mit einer gemeinsamen Idee zu erfüllen, ihr Kampfmuth einzusößen, in ihnen den Gedanken an die eigene Kraft, die Hoffnung auf bessere Zukunft zu erwecken! Das allein war unzweifelhaft eine hervorragende Leistung, auf die die deutsche Gewerkschaftsbewegung stolz sein kann. Abgesehen von den momentanen Folgen dieser Bewegung in Bezug auf die Besserung der Arbeitsverhältnisse, hatte dieselbe fast allen Parteien des Reichstages, ja selbst dem Bundesrath die Erklärung abgerungen, daß im Interesse der Konfektionsarbeiter ein kräftiges Einschreiten von Nothen sei. Auch die Reichskommission für Arbeiterstatistik wurde in Folge dieses Streiks veranlaßt, eine ihrer gründlichsten Erhebungen, die über die Verhältnisse der Schneider- und Wäschekonfektion, in verhältnißmäßig kurzer Zeit vorzunehmen. Der Scheitern wegen mag auch noch auf einen ganz besonderen Erfolg der Konfektionsarbeiterbewegung hingewiesen werden, daß der preussische Handelsminister, damals Freiherr v. Berlepsch und ja selbst Herr v. Stumm, die die Berechtigung des Konfektionsarbeiterstreikes, also eines „++“ Streikes, im Reichstage anerkannten.

Aber die Versprechungen wurden nur gegeben, sie sind bis zum heutigen Tage nicht eingelöst worden. Wohl wurde eine Bundesrathsverordnung im Interesse der Konfektionsarbeiter gegeben, aber bezeichnender Weise hat dieselbe nicht zu wirken gerade für diejenigen, die des Schutzes am allermeisten bedürfen, für die Hilfsmarbeiter. Ja deren Verhältnisse wurden durch diese Verordnung sogar noch verschlechtert, denn in diese ungeschützte, der Freiheit schamlosester Ausbeutung überantwortete Hilfsmarbeit wurden die Arbeiter und Arbeiterinnen aus den noch einigermaßen geschützten Werkstätten gedrängt. Wohl wurde auch eine Novelle zur Gewerbeordnung erlassen, aber auch diese erwies sich als vollständig wirkungslos.

Allgemein ist die Ueberzeugung, daß die Lage der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen heute eine wesentlich noch schlechtere ist, als sie zur Zeit des großen Konfektionsarbeiterstreikes gewesen ist. Von den Hoffnungen, die damals erweckt wurden, ist nicht der hundredste Theil in Erfüllung gegangen. Aber das hat die Organisation der Schneider nicht veranlaßt, den Kampf aufzugeben, ihre Bemühungen für die Konfektionsarbeiter einzustellen, sondern es hat sie im Gegentheil angefiachtelt, immer wieder an die Verpflichtungen zu erinnern, die die verbündeten Regierungen, die Parteien des Reichstages übernommen haben im Interesse der Konfektionsarbeiter.

Deshalb will der Verband der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen eine neue Bewegung im Interesse der Konfektionsarbeiter in die Wege leiten. In ganz Deutschland sollen in diesen Wochen Versammlungen abgehalten werden, welche in Resolutionen feststellen sollen, was das Mindestmaß dessen ist, was die Konfektionsarbeiter zu fordern für dringlich und nöthig erachten. Diese Forderungen sind:

1. Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause nach der Werkstattbeschäftigung.
2. Direkte Ausgabe von Arbeit an die Heimarbeiter und Arbeiterinnen seitens der Unternehmer unter Vermittelung der Zwischenmeister.
3. Trennung der Arbeitsräume von den Wohnräumen; in den Werkstätten sowohl wie in den Arbeitsräumen der Hilfsmarbeiter müssen auf den Kopf der De-

schäftigten Personen mindestens je 15 cbm Luftraum kommen.

4. Ausdehnung der Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Sonntagsruhe (§ 105b), des Verbots der Kinderarbeit (§ 135), der Beschränkung der Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter (§ 136), der Frauen (§§ 137 und 138a Abs. 1) der Gewerbeaufsicht (§ 139b), insbesondere durch weibliche Aufsichtspersonen, des Schutzes von Arbeitsordnungen (§§ 134a bis 134g) und die Anzeige des Gewerbetriebes (§ 14) auf die Hausindustrie und die Heimarbeit.
5. Ausdehnung der Arbeiterversicherungsgesetzgebung auf die Heimarbeiter und Arbeiterinnen.
6. Reich, Staat und Gemeindebehörden sollen Schneiderarbeiten nur unter der Bedingung vergeben, daß die Kleidungsstücke in der Gewerbeordnung und Gewerbeinspektion unterstehenden Werkstätten hergestellt und daß die von Unternehmern und Arbeiterorganisationen festgesetzten Lohnsätze als Mindestmaß der Entlohnung anerkannt werden.

In einer eingehenden Denkschrift, die dem Bundesrat und Reichstag übersandt werden soll, wird die Lage der Konfektionsarbeiter auf Grund eines reichen Quellenmaterials dargestellt, es wird in ihr gezeigt werden, wie sehr die Gesetzgebung der anderen Staaten in Hinsicht auf die Hausindustrie der deutschen voraus ist. Auf all' die zahlreichen Vorschläge der Schneiderorganisation zur Besserung der Konfektionsarbeiter wird in dieser Denkschrift hingewiesen und die bisherige so ergebnislose Tätigkeit des Reichstages und Bundesrates dort kritisiert. Die hier aufgestellten Forderungen werden in dem Schlußkapitel einzeln gewürdigt und begründet.

Nicht nur allgemeine Sympathie, die als Ausfluß der Solidarität der gesamten Arbeiterbewegung uns beselen muß, wenn es sich darum handelt, einer der ausgebeuteten Schichten der Arbeiterklasse die Lebenslage zu verbessern, nicht nur diese Sympathie muß uns veranlassen, dem Kampfe der Schneider den besten Erfolg zu wünschen, die Arbeiter der anderen Berufe haben auch ein direktes Interesse an den Erfolgen dieser Bemühungen. Zehntausende von Frauen und Töchtern anderer Arbeiter verdienen zu deren ungenügenden Lohn einige ergänzende Groschen durch die Konfektionsarbeit, so daß den eigenen Angehörigen dieser Berufsgenossen der Vorteil zu gute kommen wird, wenn die Lage der Arbeiterinnen der Konfektionsindustrie gebessert wird. Die Grundlagen für das Elend der Konfektionsindustrie, Heimarbeit und Zwangsheimarbeit sind den sich auch in anderen Gewerben, in der Möbelindustrie, in der Ledergalanterie, in der Sattlerei, in der Kleinfertigindustrie und in so manchen anderen Industrien. Und wo es nicht besteht, ist vielfach nicht ausgeschlossen, daß diese schaurigste Form der Ausbeutung auch anderwärts Platz greift. So sehen wir hieraus ein allgemeines Interesse der gesamten Arbeiter, dieses System einzulegen, gesetzlich sein Fortwüchtern zu erschweren. Dies ist aber auch ein allgemeines Interesse der gesamten Arbeiterklasse in dem Willen, weil die Verelendung breiter Schichten der Arbeiterklasse, die Unmöglichkeit, sich aus diesen traurigen Verhältnissen hinauszuarbeiten, für alle ausnahmslos wie ein fürchterlich schweres, in die Tiefe ziehendes Bleigewicht wirkt, das auch das Aufsteigen der übrigen Arbeiterschichten hindert, oft unmöglich macht.

So sind es überall, wie auch ganz reale Gründe, die die Arbeiter aller Berufe haben

müssen, der Konfektionsarbeiterbewegung den besten Erfolg zu wünschen.

Sowohl unsere Berufsgenossen hierzu etwas thun können, sowohl sie Konfektionsarbeiter aufzuklären vermögen, sowohl sie den Besuch der Versammlungen zu einem massenhaften gestalten können, sowohl sie die öffentliche Meinung beeinflussen können im Interesse der hier aufgestellten Forderungen, sollte niemand fehlen, sollte jeder alles, was in seinen Kräften steht, leisten.

Das ist die Pflicht jedes Arbeiters, im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung, aber auch in seinem eigenen Interesse!

### Mitgliederabstimmungen.

Es ist nicht meine Absicht, den Verbandsgenossen mit diesen Zeilen eine „Moralpredigt“ zu halten, jedoch scheint es mir notwendig, auf das Verweilende diverser Abstimmungen zu verweisen. Jedem aufmerksamen Leser der „Ameise“ muß es auffallen, daß im Laufe dieses und vorigen Jahres eine Mitgliederabstimmung der andern folgte. Wenn das so weiter gehen soll, wozu brauchen wir denn noch die Generalversammlung? Es könnte ja dann auch alle Statutenänderungen, sowie die Wahl des Hauptvorstandes etc. ebenfalls durch Abstimmung erledigt werden. Haben wir die Generalversammlung nur, um dem Verband Geldkosten und dem Hauptvorstand und den Delegierten Mühe und Arbeit zu machen, wenn nach kurzer Zeit die Beschlüsse derselben wieder umgestoßen werden sollen? Es wäre wohl an der Zeit, daß es damit bald anders würde.

Findet irgend eine Zahlstelle einmal einen Vorstandsbeschluss oder einen Pissus im Statut, der ihr nicht richtig erscheint, so wird in der nächsten Zahlstellerversammlung der Antrag gestellt, eine Mitgliederabstimmung zu veranlassen. Die nöthigen andern vier Zahlstellen, welche den Antrag unterstützen, finden sich in den meisten Fällen bald und der Rummel kann losgehen. Ja, womöglich sind solche Zahlstellen noch stolz darauf, eine so heroische That für den Verband geleistet zu haben.

Jede Zahlstelle sollte sich vorher erst reiflich überlegen, ob eine Abstimmung wirklich so dringend nöthig ist oder nicht. Auch sollte man bedenken, daß jede Abstimmung außer gewöhnliche Ausgaben verursacht, die für andere Zwecke angewendet sich besser verzinsen würden. Es sollten mindestens 10 Zahlstellen oder eine entsprechende Mitgliederzahl notwendig sein, um einen Antrag auf Abstimmung unterstützen zu können, vielleicht würde es dann weniger leicht sein, alle paar Monate mit einer Mitgliederabstimmung zu kommen. Die circa 400 Einzelmitglieder haben auch nicht das Recht, eine solche zu veranlassen, obwohl dieselben genau so viel Pflichten haben als Zahlstellenmitglieder. Diese Einzelmitglieder haben keine Gelegenheit, sich in Versammlungen auszusprechen und ich bin überzeugt, daß viele derselben diese meine hier ausgesprochene Ansicht theilen.

So mancher Zahlstelle möchte ich empfehlen, erst einmal die verschiedenen Mißstände in ihren Arbeitsinstituten zu beseitigen, ehe sie Anträge auf Abstimmungen unterstützen, welche geeignet sind, die Beschlüsse der Generalversammlung und die Arbeit der Delegierten herabzuwürdigen. In keiner andern Gewerkschaft sind Mitgliederabstimmungen so zur Mode geworden als bei uns. Darum protestire jedes Mitglied gegen alle, nicht ganz dringende Mitgliederabstimmungen. K—s

### Wie können wir abstimmen!

In Nr. 42 der „Ameise“ ist laut Paragraph 33 des Statuts eine willkürliche Mi-

gliederabstimmung ausgeschrieben. Die gute Absicht der betreffenden 5 Zahlstellen, unsere Kassenzustände dadurch zu verbessern, ist dabei nicht zu verkennen. Daß über diese Frage in den Versammlungen schon viel diskutiert worden ist und sich mancher in der Bewegung thätige Genosse den Kopf zerbrochen hat, ist Thatsache. Ich bin sehr überzeugt, daß die meisten Diskussionen in dem Sinne der Antragsteller ausgingen und würde ja wenig dagegen einzuwenden sein, wenn die Kritik nicht wäre. Aber der alles darniederhaltende, und so schwer drückende wirtschaftliche Niedergang lehrt uns eines Andern. Unsere Mitglieder sind gerade durch die Krise in eine Lage gerathen, um die sie gewiß Niemand beneiden wird; ich will nicht sagen alle, denn bei den Antragstellern scheint dies nicht der Fall zu sein. Ebenso gut wie die größte Zahl unserer Mitglieder unter dem flauen, ich will nicht sagen schlechten Geschäftsgang, wirtschaftlich schwer leiden, so hat uns unsere letzte Mitgliederabstimmung zur Genüge gezeigt, daß sie dadurch auch noch in geistige Interessenlosigkeit verfallen sind. Diese Abstimmung beweist uns, wie viele uns innerlich schon fernsteht, so stehen bloß noch als Mitglieder auf dem Papier, viele von ihnen warten schon mit Schmerzen auf den geringsten tauglichen Fehler, der eventuell zu machen wäre und sie könnten ihren Austritt damit begründen. Daß Viele von denen die Gelegenheit ergreifen würden, wenn die Beiträge erhöht würden, davon bin ich überzeugt. Daß, wenn wir jetzt eine Erhöhung der Beiträge beschließen würden, dies ein tatsächlicher Fehler wäre, ist so klar als nur etwas. Wer schon längere Zeit in der Gewerkschaftsbewegung thätig ist, wird schon öfter die Erfahrung gemacht haben, daß zu einer Zeit wie der jetzigen, in welcher die Gewerkschaften alle Kräfte anspannen müssen, um ihre Mitglieder zu behalten, daß die Frage einer Beitragserhöhung nicht durchgeführt werden kann. Ein abschreckendes Beispiel hierzu giebt uns der Beschluß einer Erhöhung der Beiträge der vorjährigen Generalversammlung der Textilarbeiter, wo der Verband in einem Jahre 4300 Mitglieder verloren hat. Man bedenke, daß im vorigen Jahre die Krise noch nicht so eingeleitet hatte wie heute; was bei den Textilarbeitern möglich ist, kann auch bei uns vorkommen. Nicht, daß ich vielleicht unsere Mitglieder ein übles Zeugniß ausstellen will, das liegt mir fern, aber bei so einschneidenden Fragen muß man immer das Allerbeste voraussetzen. Wie bezahlen doch bekanntlich schon jetzt den meisten anderen Gewerkschaften gegenüber die höchsten Beiträge und räumen auch, was selbstverständlich ist, unseren Mitgliedern die weitgehendsten Rechte dafür ein. Der Beschluß der Beitragserhöhung der Textilarbeiter Generalversammlung wäre wohl auch nicht so leicht hingenommen worden, wenn dadurch nicht die Beiträge für den Extrasond wogegesen wären. Durch die letzte Abstimmung haben wir doch schon etwas gethan, um der Krise wieder zuwachsen, was bis jetzt derselben nicht zugewachsen ist. Warten wir doch erst die Wirkung dieses Beschlusses ab. Es ist ja auch der Termin, an welchem die Generalversammlung stattfinden soll, nicht mehr gar so fern. In dieser Zeit wird wohl auch der weitere Verlauf der Krise zu überbrücken sein und dann, wenn noch nöthig, können die erforderlichen Schritte gethan werden. Sollten wir ja während dieser Zeit noch mehr zusehen müssen, dann müssen wir uns wohl oder übel damit abfinden. Die große Anzahl der arbeitlosen Mitglieder hat ihre Unterstützung doch schon genossen, und es wird noch hoffentlich die weitere Entlassung solcher auch

etmal wieder aufhören. Wir sind in der letzten Zeit um so viele Klippen herumgekommen, so werden wir wohl auch diese zu umschiffen in der Lage sein, ohne Furchen, die im Trüben sitzen, einen Grund zum Austreten zu liefern.

### Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

#### Aufforderung.

Gemäß § 34 des Verbandsstatuts werden folgende Zahlstellen zur Einsetzung der Abstände und Geller pro 3. Quartal 1901 aufgefordert:

Ohlen, Althalbdenleben, Altwasser, Annaburg, Arzberg, Berlin I, Berlin II, Berlin-Moabit, Biberach, Blankenhain, Bonn, Breitenbach, Buchau, Burggrub, Charlottenburg, Coburg, Goldig, Darmstadt, Döbeln, Dresden, Düsseldorf, Eisenberg, Elberfeld, Elgersburg, Elsterwerda, Frankfurt a. O., Fraureuth, Freudenort, Freywaldau, Fürstenberg a. O., Fürstenberg a. W., Gera, Geringswalde, Gerswinden, Gotha, Gräfenhain, Gräfenroda, Gräfenthal, Großbreitenbach, Grünstadt, Hamm, Hausen, Hermsdorf, Hirschau, Hirschberg, Hohenberg, Hüttensteinach, Ilmenau, Käferthal, Kahla, Kamenz, Kapphütte, Kloster-Befra, Kolmar, Kühn-Ehrenfeld, Köpplendorf, Kronach, Kups, Langwiesen, Monebach, Margarethenhütte, Markt-Leuthen, Markt-Redwitz, Markt-rodab, Meißen, München, Neuhaus, Neuleiningen, Nossen, Nürnberg, Nymphenburg, Oberhausen, Oberhohndorf, Oberkühn, Oberkühn, Ohrdruf, Pforzheim, Plaue, Pöschappel, Probstzella, Rathenow, Regensburg, Reichenbach, Roda, Roslau, Rudolstadt, Saargemünd, Schauberg, Schebewitz, Schönwald, Schramberg, Schwarzja, Schwarzenbach, Schwelm, Selb, Sigendorf, Solingen, Sophienau, Sorgau, Spandau, Stadtilm, Suhl, Tambach, Tettau, Tiefenfurt, Tirschenreuth, Uhlstädt, Unterhain, Unterpörlitz, Unterweißbach, Wegesack, Waldsassen, Waldenburg, Wallendorf, Weiden, Weiskwasser, Wittenberg, Wunsiedel, Zell.

W. Gerden, Verbandskassierer.

Das Mitglied Nr. 24231 Wilhelm Beschel aus Forst i. L. wird hiermit aufgefordert, umgehend seine Adresse dem Verbandsbureau bekannt zu geben.

Joh. Schneider, Verbandschriftführer.

#### 85. Vorstandssitzung vom 1. 10. 1901.

Wollmann auf Reisen; entschuldigt fehlt Pausle und Plehl; der Redakteur, von den Revisoren Poesenecker beteiligen sich an der Sitzung.

Nach Bericht von Wilda ist infolge herrschender Geschäftslage sämtlichen Arbeitern gekündigt worden. — Ein Bericht von Ilmenau wird zur Kenntnis genommen, bezüglichen an Brief des Direktors der dortigen Aktien-Fabrik; beschlossen wird, den dortigen Mitgliedern zu empfehlen, sich zu weigern, billiger als bisher zu arbeiten; die in der Zuschrift der Zahlstelle enthaltenen Vorwürfe gegen den Verbandschriftführer weist der Vorstand nach Kenntnis des Sachverhalts ganz entschieden, als ungerechtfertigt, zurück. — Ein Bericht von Plaue wird zur Kenntnis genommen und beschlossen, einen weiteren Bericht einzufordern. — Eine Zuschrift von Böhrenstrauß soll entsprechende Beantwortung finden. — Ein Bericht von Markt-Leuthen, welcher ein nicht erfreuliches Bild der dortigen Verhältnisse enthält, ist mit Kenntnisnahme erledigt. — Ein Bericht des Verbandschriftführers über den Verlauf der Versammlung in Stadtlengsfeld wird zur Kenntnis genommen; der Direktor der Fabrik, sowie die Vertreter, welche schriftlich zum Erscheinen in dieser Versammlung eingeladen waren, hatten es aus naheliegenden Gründen vorgezogen, nicht zu erscheinen. Im Anschluß daran geht der Redakteur zur Kenntnis, daß der Direktor Grimm, Stadtlengsfeld, ihm eine Zuschrift zur Veröffentlichung im Organ, unter Hinweis auf das Preisgesetz, geschickt habe, als Verächtlichmachung des in Nr. 30 der Anzeiger erschienenen Artikels. — Ein Antrag der in Heilbrunn beschäftigten Einzelmitglieder, die Spre-

über dortige Steingutfabrik aufzuheben, wird abgelehnt, so lange eine diesbezügliche schriftliche Erklärung des Unternehmers nicht vorliegt. — Eine Beschwerde des Mitgliedes 8484 Neuhaldensleben, wegen Verweigerung der Unterstützung am Ort und Zusendung der Reisemarkt, wird zurückgewiesen und hält der Vorstand seinen diesbezüglichen Beschluß aufrecht. — In Rechtschuhfabrik 5640 Berlin II werden die Anwaltskosten bewilligt. Der Verbandskassierer giebt den Abschluß der Hauptkassen pro 2. Quartal 1901 zur Kenntnis und wird derselbe auf Antrag des anwesenden Revisors, welcher die Richtigkeit bestätigt, entlastet. Ferner wird zur Kenntnis genommen der Abschluß der Hauptkassen pro Monat August; demnach betrug das Vermögen in der Verbandskasse 94225,96 Mk., im Beihilfensfond 17445,96 Mk.

G. Graß,  
stellv. Vorsitzender.

J. Schneider,  
Verbandschriftführer.

#### 86. Vorstandssitzung vom 8. 10. 1901.

Wollmann auf Reisen; entschuldigt fehlt Schulte; der Redakteur, von den Revisoren Poesenecker beteiligen sich an der Sitzung.

Ein Bericht des auf Reisen befindlichen Verbandsvorstehenden wird zur Kenntnis genommen. — Von Ilmenau wird die Einsetzung eines Vorstandsvorsitzers beantragt; dies wird abgelehnt und soll der Zahlstelle die Begründung hierfür in eingehender Weise mitgeteilt werden. — Ein Bericht von Sonderhausen ist mit Kenntnisnahme erledigt; jedoch sollen der Zahlstelle für eventuelle spätere Fälle Verhaltensmaßregeln gegeben werden. — Weitere Berichte sind eingegangen von Stadtlengsfeld, Langwiesen und Wilda, an letzterem Orte, an welchem es sich um Lohnansprüche unserer Mitglieder an die Firma handelt, wird denselben empfohlen, ihre Ansprüche beim Gewerbeamt geltend zu machen. — Dem Vertrauensmann in Margarethenhütte wird Rechtschutz bewilligt, zum Zwecke der Beschwerdeführung gegen eine Strafverfügung der Amtshauptmannschaft Baugen. — Die Zahlstelle Döbeln beantragt nach § 5 Abs. 3 des Statuts den Ausschluß des früheren Obmannes des Schiedsgerichts H. Kleinwächter, Döberhausen, wegen schwerer Schädigung der Verbandsinteressen, anlässlich dessen Stellungnahme im Kampfe um das Verbandsvermögen. Beschlossen wird, ohne auf die Sache selbst einzugehen, der Zahlstelle zu empfehlen, diese Angelegenheit bis zur nächsten Generalversammlung ruhen zu lassen. — Das Resultat der allgemeinen Mitgliedsabstimmung über den Antrag des Vorstandes, die Eintragung der Kassenverhältnisse betreffend, wird zur Kenntnis genommen und beschlossen, die Abstimmungsergebnisse der einzelnen Zahlstellen im Organ zu veröffentlichen. — Die Zahlstellen Kahla, Gotha, Eisenberg, Gammrich und Bonn beantragen auf Grund des § 33 des Statuts eine allgemeine Mitgliedsabstimmung über die Frage, ob, zum Zwecke der Stärkung des Verbandsvermögens, die Beiträge vom 1. Oktober ab pro Woche und Beitragsstufe um 5 Pf. zu erhöhen sind. Beschlossen wird, in Nr. 42 der Anzeiger diesen Antrag den Mitgliedern zur allgemeinen Abstimmung zu unterbreiten, mit der Maßgabe, daß die Abstimmungsergebnisse bis spätestens 5. November 1901 an das Verbandsbureau einzusenden sind. — Die Genehmigung zum freiwilligen Verlassen des Arbeitsplatzes, unter Wahrung des Anspruchs auf Jahr- und Umzugskosten für 19265 Plauen hat in nach § 3 des U. A. abgelehnt. — Unterstützung für 1096 Berlin II wird bewilligt. — Das Gewerkschaftskartell Düsseldorf ersucht um weitere Unterstützung der Glasarbeiter; dies muß abgelehnt werden und soll dem Kartell dies mit Begründung mitgeteilt werden. — Einen Antrag Dresden, Aufschaffung eines Schranke von Bibliothekszwecken aus den Mitteln des Bildungsfonds, wird zugestimmt. — Die Zahlstelle Roslau, welche Bewilligung der Mittel für Anschaffung eines Schranke beantragt, wird auf § 20 Abs. 6 des Statuts verwiesen. — Ein Antrag der Zahlstelle Waldsassen, Bewilligung von 25 Mark zu Bildungszwecken, wird abgelehnt; jedoch soll es der Zahlstelle überlassen bleiben, sich nach Eingang der Abschlüsse pro 4. Quartal wieder zu melden. — Ein Wiederaufnahmegesuch des früheren Mitgliedes Häckert, 1. Pt. in Unterhain, wird nochmals vortragt und weitere Recherche beschlossen. — Von Neuhaldensleben beantragte Ausbilde für die Verbandskasse hatte der Verbandskassierer von der Einsetzung des Quartalsabschlusses abhängig gemacht. Aus dem eingelangten provisorischen Abschlußstreifen geht hervor, daß der weitaus größte Teil der dortigen Mitglieder sich mit den Beiträgen länger, als statutarisch zulässig, im Rückstand befindet. Auf Anfrage des Verbandskassierers, was mit diesen Mitgliedern zu geschehen habe, wird beschlossen, die strikte Anwendung des § 5 Differ 2 des Statuts bis nach Eingang des Abschlusses (welcher innerhalb 8 Tagen zu erfolgen hat), hinauszuschieben und vorläufig diejenigen Mitglieder zu freizeichnen, welche länger als 12 Wochen zurück.

G. Graß,  
stellv. Vorsitzender.

J. Schneider,  
Verbandschriftführer.

### Aus unserm Berufe.

— Von Ilmenau sind dem Vorstände Mitteilungen zugegangen, nach denen in der Aktiengesellschaft Porzellanfabrik ernsthafte Differenzen im Gange sind. Der Herr Direktor Hering verlangt von den Drehern, daß sie einen Artikel um ein beträchtliches billiger herstellen sollen. Doch weigern sich diese, und wer die „hohen“ Verdienste dort kennt, wird diese Weigerung nur am Platze finden. Man hört davon reden, daß der Herr Direktor diesen Posten verlasse, sollte er da noch den Arbeitern vorher ein Angebinde in Form von Lohnreduzierung und der Aktiengesellschaft aus der berechtigten Abwehr derselben event. hervorgehenden „Arbeitskrieg“ machen wollen? Hoffen wir, daß die bessere Einsicht Oberhand behält und die Direktion der A. G. durch eine Lohnreduzierung sich nicht berüchtigt macht. Die Kollegen, die jetzt etwa dort sich als willige Arbeiter zur Verfügung stellen, würden als Lohnrücker zu bezeichnen sein.

— Selb. Isolatorendreher, welche etwa den Wunsch hegen, sich in Selb bei der Firma Rosenthal u. Co. um Arbeit zu bemühen, wollen sich in ihrem eigenen Interesse erst bei der Zahlstellenverwaltung nach den hier bestehenden Verhältnissen erkundigen.

Gelter mein liebes Kind, komm mit zum Tanz geschwind,  
Mitten in frohen Reizen, folge hinein:  
Leben blüht und Leben lacht, ringsum  
voll Liebeshmacht,  
Wollten wir da traurig sein? Nein, sag  
ich; nein.

Auch in Langwiesen (es liegt zwischen Gehren und Ilmenau in Thüringen) glaubte man einmal trotz der auch dort gewiß nicht immer lustigen Verhältnisse es riskieren zu können, das Tanzbein zu schwingen und zwar wollte die Zahlstelle der Porzellanarbeiter ihr Stiftungsfest durch ein frohes Tänzchen feiern.

So etwas geht im lieben Vaterland aber nicht so ohne Weiteres, da gehört eine behördliche Erlaubnis dazu. Die Behörde hat darüber zu wachen, daß der durch das Drehen im Tanz erzeugte Frohsinn sich nicht allzu breit macht; wo käme man auch hin, wenn sich die Arbeiterschaft männlichen und weiblichen Geschlechts ihre „Beine“ allzu viel beim Tanzen ermüden wollte! Beim Arbeiten werden Arme und Beine notwendiger gebraucht.

Also, die Zahlstelle ersuchte im Oktober des Jahres 1900 (es ist schon ein wenig lange her, das schadet aber nicht, wenn heute wir erst darüber berichten, es ist ja auch nicht getanzelt worden) dem löblichen Magistrat von Langwiesen ihr bei Gelegenheit der Feier ihres Stiftungsfestes die Erlaubnis zu einem Tanzergnügen zu erteilen. Wann das Stiftungsfest gefeiert werden sollte, wird nicht mitgeteilt, ob der Termin vielleicht ein zu naher war steht dahin, genug, die Erlaubnis zum Tanz wurde nicht erteilt resp. das Ersuchen abgewiesen mit dem Bemerkten, daß die Erlaubnisscheine bereits vertheilt seien und nur das Landratsamt zu Gehren eine event. nachträgliche Erlaubnis bzw. eine Erweiterung der Tanzereulauß eintrreten lassen könne.

Die Zahlstellenverwaltung wandte sich nun an das Landratsamt, dieses gab den Bescheid, daß es sich nicht veranlaßt sähe, eine Erweiterung der Tanzereulauß eintrreten zu lassen. Das Tanzbein mußte nun ruhen, jedoch Ende Januar des laufenden Jahres glaubte die Zahlstellenverwaltung mehr Glück mit ihrem bezüglichen Gesuch beim löblichen Magistrat zu haben und erneuerte dasselbe.

Sie erzielten aber auch nur einen abweisenden Bescheid, die Tanzlustigen konnten der Götter-Tanzschritte nicht pöbeln.

Es wurde nun eine Beschwerde beim fürstlichen Landratsamt Gehren eingereicht und ging hierauf folgende Antwort ein:

Auf die Beschwerde vom 10. d. M. eröffne ich dem Vorstande (soll heißen Zahlstellenverwaltung), daß ich nicht in der Lage bin, den Magistrat hierselbst anzuweisen, daß er dem Vorstand einen Tanzeraubnißschein erteilt.

Gehren, 11. II. 01.

Der fürstliche Landrath:  
Hellwig, Reg.-Aff.-Rat.

Da die Sache doch irgend einen Haken haben mußte, und weil gerade die tanztüchtigen organisierten Porzellanarbeiter keine Tanzeraubniß erhielten, engagierte die Zahlstellenverwaltung einen Rechtsanwalt, der event. beim hohen Fürstl. Schwarzburg-Sondershausenschen Ministerium Beschwerde im Namen derselben erheben sollte. Da nun gerade die Fastenzeit dazwischen kam, wo Tanzeraubniß überhaupt nicht erteilt wird (in Thüringen wird das „Fasten“ überhaupt sehr ernst genommen, da das ganze Jahr über das reine „Festleben“ ist) und dieser billige Ablehnungsgrund nicht gegeben werden sollte, wurde der Instanzenzug nochmal durchgemacht, jedoch auch diesmal (unterm 26. Juli 1901) antwortete das Landratsamt, daß es nicht in der Lage sei, der Zahlstelle der Porzellanarbeiter einen Tanzeraubnißschein zu bewilligen.

Nun ging man an oben genanntes Ministerium und dieses erteilte folgenden Bescheid:

Auf Ihre im Namen des Porzellanarbeiters Friedrich Eck in Langewiesen gegen den Bescheid des fürstlichen Landrats in Gehren vom 26. Juli cr., betreffend die Verweigerung eines Tanzeraubnißscheines, eingewandten Beschwerde eröffnen wir Ihnen, daß der Beschwerde der Erfolg zu versagen war.

Die Verordnung, die Tanzbelustigung betreffend, vom 30. September 1867 (Gesetzsammlung Seite 258) bestimmt in § 6, daß die fürstlichen Landräthe darüber zu wachen haben, daß von den Ortspolizeibehörden bei der Ertheilung von Tanzeraubnißscheinen ein gewisses, den Ortsverhältnissen entsprechendes Maß eingehalten wird, damit nicht eine den öffentlichen Interessen zuwiderlaufende Häufigkeit der Tänze stattfindet. Der fürstliche Landrath in Gehren hatte mit Rücksicht auf diese Bestimmung im Höfstaße 32 öffentliche Tänze pro Jahr für den Ort Langewiesen nachgelassen und dem Magistrat empfohlen, sich bei Beginn eines jeden (hier soll es wohl „Jahres“ heißen), die ihm zustehenden Bewilligungen einen Verteilungsplan aufzustellen und die interessierten Gastwirth und Vereinsvorstände hierüber zu verständigen.

Wenn die den Verhältnissen näher stehenden Lokalbehörden diese Zahl der Tänze für Langewiesen und eine gleichmäßige Verteilung über das Jahr für angezeigt erachteten, so liegt für uns kein Grund zur Einschreiten vor, so lange nicht öffentliche Mißstände zu Tage treten.

Sondershausen, den 19. August 1901.

Fürstlich Schwarzburgisches Ministerium  
Abtheilung des Innern.

ged.

Das Ministerium hat wenigstens Gründe angegeben; es fragt sich nun, ob der Magistrat, neben den Gastwirth und sonstigen Vereinsvorständen, auch der Verwaltung der Zahlstelle, die im Sondershausenschen Staat ja zweifelsohne als ein öffentlicher Verein angesehen wird, ebenfalls verständigt hat von dem Verteilungsplan. Das scheint doch nicht der Fall zu sein, denn sonst würde die Zahlstelle doch ebenfalls ihre Wünsche bezüglich Tanzeraubnißscheines

für ihr im Jahre einmal zu feierndes Stiftungsfest angebracht und vielleicht doch auch den Schein — bekommen haben. Denn wir glauben vorläufig noch nicht daran, daß die Tanzeraubnißverweigerung etwa gar zu jenen „gewissen Prinzipien“ gehört, die zu dem Zwecke von sämmtlichen Regierungen Thüringens aufgestellt wurden, um gegen die Sozialdemokratie in gleichmäßiger Weise vorzugehen. (Siehe Nr. 40 der „Ameise“) oder sollte so etwas doch möglich sein?

Offentlich wird in diesem Jahre aber trotzdem und a. l. e. d. e. m. es der Zahlstelle Langewiesen vergönnt sein, ihr im vorigen Jahre zu Giff gewordenen Tanzchen machen zu können und wünschen wir vorweg schon viel Vergnügen dazu. Wir würden dabei selbst gerne einen Hopser riskiren. Heißa, juchhet!

— Wie steht es in Amerika mit der keramischen Industrie? Können Sie mir Adressen von Firmen derselben angeben, ich möchte gerne drüber mein Glück versuchen etc. So lauten öfter Zuschriften resp. Fragen an uns, worauf eine zufriedenstellende Antwort zu geben, wir außer Stande sind. Der Redakteur vom „Sprechsaal“ Herr Dr. Zimmer scheint nach in diesem Blatt erschienenen Notizen über die Verhältnisse in der keramischen Industrie Amerikas gut informiert zu sein. Wir erlauben uns deshalb zu Naz und Frommen aller jener Kollegen, die gern über das große Wasser möchten, folgende in der letzten Nummer des „Sprechsaals“ erschienene Briefkastenantwort auch unseren Lesern zugänglich zu machen. Sie lautet:

L. I. H. Von vielen Seiten werden Anfragen gestellt nach den Verhältnissen der keramischen Industrie in den Vereinigten Staaten, namentlich von solchen, die gern sich dort ein neues Arbeitsfeld suchen möchten. Da es unmöglich ist, jede einzelne dieser Anfragen ausführlich und ausreichend zu beantworten, so wollen wir an dieser Stelle kurz Folgendes mittheilen:

Eine christliche Bewerbung um eine Stellung in den Vereinigten Staaten ist völlig aussichtslos. Selbst wenn eine Fabrik Arbeitskräfte nöthig hätte, so würden die bestehenden Kontraktarbeitergehalte jeder vorhergehenden Vereinbarung im Wege stehen. Der Arbeitssuchende muß sich also direkt persönlich an Ort und Stelle vorstellen. Dies wird nun allerdings dadurch erleichtert, daß die bei weitem größte Anzahl sämmtlicher keramischer Betriebe in den zwei Städten Trenton und East-Riverpool konzentriert ist. Trenton liegt im Staate New-Jersey, nicht allzuweit von New-York, East-Riverpool dagegen ist das westliche keramische Centrum im Staate Ohio. In den letzten Jahren hat East-Riverpool im Allgemeinen bessere Arbeitsgelegenheit als Trenton. Eine ganze Reihe kleinerer Orte, wie Wellsville, Steubenville, East-Palestine, Beaver-Falls, auch das größere Wheeling mit 3 keramischen Fabriken liegen in der Nähe von East-Riverpool. In größeren Städten, wie in Baltimore, Cincinnati, St. Louis und ähnlichen Städten giebt es nur sehr vereinzelte Betriebe.

Wenn nun auch in den letzten Jahren die Fabriken voll beschäftigt und die Verhältnisse ungleichmäßig günstig waren, so möchten wir doch nicht unterlassen, auch an dieser Stelle Jeden, der auszuwandern beabsichtigt, zu warnen und zu ermahnen, den Schritt nicht ohne ernste Prüfung zu thun.

Wirklicher Arbeitermangel hat in der keramischen Industrie trotz regen Geschäftsganges in den Vereinigten Staaten auch während der letzten Jahre nicht geherrscht. Die Werkführer und Vorkämpfer sind durchgängig mit wenig Ausnahmen in den Händen von Engländern und ein

Sprache unkundiger Deutsche hat geringe Aussichten.

Porzellanarbeiter haben keine Fabriken ihrer Branche und müssen sich mit Halbporzellan und Steingut vertraut machen; auch der Steingutarbeiter wird manche neue Arbeitsweise vorfinden und Anfangs auf Schwierigkeiten stoßen. Feilhandmalerei giebt es fast gar nicht, überall wird gebrannt, Mädchen füllen aus und die in den letzten Jahren immer mehr verbreiteten Abziehbilder verbessern die Aussichten für einen Maler auch nicht. Dazu kommt, daß das amerikanische Leben, in den ersten Jahren wenigstens, kaum einem Deutschen recht behagt. Wilters Enttäuschungen werden sicher keinem Auswanderer erspart bleiben, welcher muß sich in der ersten Zeit mit Arbeiten, die seinem Beruf gänzlich fern liegen, kümmerlich durchschlagen und nicht wenige haben überhaupt kein Unterkommen gefunden und sind, nachdem ihre Sparpfennige aufgebraucht waren, zu Grunde gegangen.

### Soziales. Gewerkschaftliches etc.

— Der Vorstand des Glasarbeiterverbandes theilt im „Fachgenossen“ mit, daß noch 456 verheirathete mit 1014 Kindern und 236 ledige Glasarbeiter als arbeitslos gelten und freibt dazu:

„Kollegen, Ihr seht, die Zahl der noch nicht in Arbeit stehenden Kollegen ist eine hohe. Wenn auch die angegebenen Zahlen nicht alle als ausgep. r. : Kollegen zu betrachten sind, so sind es alle Kollegen, die bis zur Stunde noch nicht eingestellt sind. Das sind aber für uns ungeheure Zahlen, weil alle diese Kollegen noch keinen Pfennig verdient haben. Die Hälfte von der angegebenen Zahl dürfte im Laufe dieser Woche eingestellt werden. Jedoch vergehen immer noch 14 Tage, ehe dieselben Lohn erhalten. Ungefähr wird die Zahl der als völlig Ausgesparten auf 350 Kollegen gelten können. Aus diesen Zahlen ersehen wir also, daß die Summen, die wir zur Unterstützung aufwenden müssen, noch enorme sind. Diejenigen Kollegen, die als völlig ausgep. r. zu betrachten sind, werden wir wohl noch lange Zeit unterstützen müssen. Andere Gewerkschaften geben uns keine Unterstützung mehr; wir sind also auf uns selbst angewiesen. Soll die uns als ausgep. r. geltenden Kollegen nicht die Verzweiflung erfassen, dann müssen dieselben kräftig unterstützt werden. Wir bitten Euch deshalb, die Sammlungen ungeschwächt fortzusetzen und alle Gelder sofort an uns einzusenden, damit wir im Stande sind, das größte Elend von den Köpfen der Ausgesparten abzuwenden. Kollegen, thut Eure Schuldigkeit, erfüllt Eure Pflicht.“

Unterstützungen sind an G. Hamann, Berlin SO., Laubgasse 26 I zu senden. Der selbe quitiert in letzter Nummer des „Fachgenossen“ über 4745,33 M. (Insgesamt 462 006,23 M.), darunter zweimal je 5 M. von Porzellanarbeitern in Emmarich.

— Eine wichtige Frage, die von prinzipieller Bedeutung ist, beschäftigt kürzlich das Gewerbeblatt in Solingen. Aus Mangel an hinreichender Beschäftigung und um ihre langjährigsten Mitglieder nicht entlassen zu müssen, hatte die Firma Fr. Guder Abr. Sch. in Solingen vor einiger Zeit für ihre Messerschleifereiarbeiter die vierwöchige Beschäftigung in der Woche eingeführt. Da indessen noch etwa sechs Wochen die Produktion immer noch zu groß war, kündigte die Firma, wenn auch ungerne, schließlich doch mehreren Arbeitern. Während der gefestigten zweiwöchigen Rüstungszeit arbeiteten die Beschäftigten ebenfalls nur vier Tage in der Woche, im Ganzen also acht Tage. Nach ihrer Entlassung glaubten sie nun Anspruch auf Lohn nicht nur für die

sondern für zwölf Arbeitsstage zu haben. Da es sich um Familienväter handelte, war die Firma trotzdem sie ein Recht auf die gestellte Forderung nicht anerkannte, bereit, die vier Tage mehr zu bezahlen; um aber eine endgültige Entscheidung über die Streitfrage herbeizuführen, veranlaßte sie einen Geschäftlichen, das Gewerbegericht anzurufen. Dasselbe wies laut „D. M. Bz.“ den Kläger mit seiner Forderung für die vier Tage ab. In der wohl allgemein interessirenden Utheilbegründung heißt es u. A.: Der Kläger, der in Klford stand, konnte, als ihm die Verkürzung der Beschäftigung auf vier Tage angeordnet wurde, von dem Rechte aus § 124 der Gewerbeordnung Gebrauch machen und ohne Kündigung die Arbeit verlassen, weil der Arbeitgeber nicht für ausreichende Beschäftigung sorgte. Dies that er nicht, er war vielmehr mit dem neuen Arbeitsvertrag stillschweigend einverstanden und arbeitete sechs Wochen hindurch nur vier Tage. Obwohl nun das Gesetz einen drittartigen Fall nicht direkt vorsieht und nicht statt der zwölfstägigen Kündigungsfrist die achtstägige festsetzt, sei das letztere eo ipso anzunehmen, zumal der Geschäftliche für die Kündigungsfrist nur die Summe beanpruchen könne, die er durchschnittlich in der letzten Arbeitsperiode verdient habe. — Trotzdem die belagte Firma Recht bekam, sind dem Kläger seine Angaben und sein durch die Verhandlung entgangener Arbeitsverdienst ersetzt worden.

**Wirtschaftliche Rundschau.** Mit der künstlichen „Industriahierarchie“ des preussischen Ostens hat man bisher wenig Glück gehabt. Außer den beiden bekannten großen Werken, dem „Balkan“ in Stettin und der Schichau'schen Maschinenfabrik und Werft in Stilling und Danzig haben sich im Wesentlichen nur einige Maschinenfabriken nebst den mit ihnen zusammenhängenden Eisengießereien kräftiger entwickelt — von Besonderheiten wie der Elbinger Pappwarenindustrie natürlich abgesehen. Man hofft wegen der ausgedehnten Wäldungen und des billigen Rohmaterialbezuges aus Rußland noch auf eine größere Zukunft der Holzverarbeitungsgewerbe, vor Allem der Cellulose- und auch der Möbelfabriken. Doch das Alles sind Zukunftspläne, und was bisher als künstliche Treibhauspflanze mühsam herangezogen wurde, hat in den letzten Monaten der Wälder von allen Seiten und auch des Eingreifens des preussischen Handelsministers bedurft, um nicht vorzeitig wieder zusammenzubrechen.

Dagegen hat der Osten als Handelsvermittler und Durchfuhrstraße natürlich alle Rückschläge zu tragen, die eine niedergehende Konjunktur im übrigen Deutschland und auf dem Weltmarkt mit sich bringen muß. Am schlimmsten hat das bisher der Holzhandel gefühlt; der Laufenden von armen Binnenfahrern und Flößern Beschäftigung gewährt und seit dem Ende August und dem Anfang September von einer schweren Katastrophe heimgekehrt ist. Die Störung im Waugeschäft, der eingeschränkte Bedarf der ebenfalls ungeheure Massen von Holz verbrauchenden Möbelindustrie haben den Groß- und Zwischenhandel des Ostens völlig lahmgelegt. „Die ausländischen und inländischen Firmen — schreibt der „D. M. Bz.“ ein Berichterstatter —, welche russische und österreichische Wälder exploitieren und das mit der Zeit vorgearbeitete Holz nach Deutschland einführen, haben, trotz der bereits im Herbst vorigen Jahres unverkennbar vorhandenen wirtschaftlichen Depression und der aus dem Einschlagsjahre 1899-1900 vorliegenden großen unverkauften Bestände, den russisch-polnisch-galizischen Waldbesitzern enorme Preise für das Holz auf dem Stamme gezahlt und fanden schon seit dem Eintreffen der ersten Transporthilfe auf der preussischen Weichsel einen veredelten, überfüllten Markt vor, der sich, je weiter die Jahreszeit vorschritt, immer mitunternehmer gestaltete und den Bringen, selbst bei einer nach und nach erfolgenden Preisermäßigung von 15—25 pSt. für Rundhölzer, von 10—20 pSt. für Kauerlatten, die Waare größtentheils auf dem Halbe ließ. So liegt das Importgeschäft und der Großhandel. Der Zwischenhandel hat sich zwar schon im Frühjahr sehr zurückgehalten, hatte aber noch sehr viel Rundholz aus den vorwintertlichen Transporten des Vorjahres abzunehmen, konnte nichts verkaufen und läßt auf Bromberger und Rieper Mühlen für eigene Rechnung einschneiden, so die ungeheuren Breiterbestände zweier Jahrgänge vermehrend und die Preise drückend.“ Dazu die Redenden Zollungen, die sich von unten nach oben wie ein Lauffeuer fortzupflanzen, wo Alles so sehr auf Kredit beruht, wie gerade im Waugeschäft und den verwandten Zweigen. „Der Bauherr steht dem Tischler schuldig, der Tischler dem Zimmermann, der Zimmermann dem Holzhändler, der Holzhändler dem Bauherrn, die Zahlungsunfähigkeit des Holzhandels, die Zahlungsunfähigkeit des Holz-

handels kann so zum Ruin des Großhandels selbst dann werden, wenn dieser seine Zufuhren bereits abgestoßen und nicht ungewisse, unabsehbare Neuzufuhren auf dem Halbe hat. Die Banken und Bankiers — in starkem Maße kommt hier auch das Ausland: Warschau, Breslau, Wien, Bemberg, Krakau in Frage — mühen nach Kräften mit ihrem Kredit einspringen und über die kritische Zeit hinwegzuhelfen versuchen; das Unheil nimmt dennoch seinen Lauf. So kam es zu großen Bankrotten in Danzig, in Lissit; und der Fall Bernstein in Lissit hatte wiederum die Zahlungsunfähigkeit einer ganzen Reihe von Schneidemühlen zur Folge, die mit ihren Erzeugnissen nach Königsberg gravitieren.

Auch sonst haben sich in der verflochtenen Berichtsperiode die Katastrophen wieder einmal rasch gehäuft.

Zum Theil mit dem Osten in Zusammenhang steht das Schicksal der Allgemeinen Deutschen Kleinbahngesellschaft. Hier ist das Bild ein ähnliches wie bei manchen Elektrizitätsunternehmungen: man rechnete mit einer raschen und dauernden Zunahme des Kleinbahnverkehrs in allen Ecken und Winkeln Deutschlands und sogar des Auslandes; man gründet und beteiligt sich weit über die wirklichen Kräfte hinaus; sowie alsdann die geringste Störung an der Peripherie einsetzt, ist man im Centrum dieses ganzen Betriebes hilflos und rettungslos verloren. Die Kleinbahngesellschaft ruhte auf einem Aktienkapital von nur 7 1/2 Millionen Mark. Um ihren „Wirkungskreis“ jedoch ausfüllen zu können, hatte sie nicht weniger als 40 Millionen Mark Obligationen ausgegeben. In den verschiedensten Bezirken Deutschlands, in Oesterreich-Ungarn, in sehr unglücklicher Weise vor Allem bei der Schlesiener Kleinbahn, hatte sie sich maßlos engagiert; außerdem war eine Anzahl Unternehmer, mit denen sie die Ausführung der Bauten vereinbart hatte, außer Stande, diesen Verpflichtungen nachzukommen, so daß die Allgemeine Deutsche Kleinbahngesellschaft sich gezwungen sah, die Verträge zu lösen und die Bauten selber auszuführen. Damit war das Schicksal besiegelt. Seit Ende Juni kamen die Gerüchte über finanzielle Schwierigkeiten nicht mehr zur Ruhe. Anfang September mußte die Verwaltung in ihrer Semestralbilanz eine Verlustziffer von ziemlich 1 1/2 Millionen Mark einräumen; heute weiß man, daß mindestens die Hälfte des Aktienkapitals als verloren zu betrachten ist.

Dann erfährt man, daß etwa das Gleiche bei der Mecklenburg-Strelitzischen Hypothekendarlehenbank zutreffen werde. Bei der Leipziger Bank hatte sich ein Fehlbetrag von 4,3 Millionen herausgestellt. Dann brach in Breslau die Rhederei Vereinigter Schiffer unter einer wahren Lawine von Fälschungen und Betrügereien zusammen. Nicht minder trübte es im Süden, der bei seiner langsameren gewerblichen Entwicklung auch den Ruf einer größeren Solidarität bewahren konnte. Mitte September stellte die Heilbronner Gewerbebank ihre Zahlungen ein, sämtliche Direktoren wurden verhaftet. Die Zahlungsstörung einer Pforzheimer Bankfirma wurde durch eine Fälligkeit wieder ausgeglichen.

Anfang Oktober trat dann die Nachricht hinzu, daß das Wächener Bankhaus Robert Suermont u. Co. liquidieren werde. Bei der Helios-Elektrizitätsgesellschaft enthielt sich ein Fehlbetrag von über 10 Mil. Mk.; damit wurde abermals die Auffassung der Lage des Elektrizitätsgewerbes pessimistischer, weil man sich nicht verhehlen kann, daß auch in diesem Geschäftszweige schwer durch leichtsinnige Wirtschaft gesündigt worden ist.

Doch das sind alles mehr äußerliche, wenn auch recht kennzeichnende, Begleiterscheinungen der Krise.

Von tieferer Bedeutung ist, daß die Geschäftslage dieses Jahr den Seefrachtverkehr besonders früh und außerordentlich stark beeinträchtigt hat.

Bisher war der Schiffsahrt noch eine bevorzugte Stellung geblieben. Die großen Kriegstransporte nach Südafrika, dann nach China hatten für den gewöhnlichen Frachtdienst das Angebot an Schiffraum vermindert und so die Frachtraten hochgehalten. Damit ist es vorbei und bei aller künstlichen Förderung der Ausfuhr in manchen Industriezweigen bleibt der rückgängige Verbrauch von Rohstoffen und Halbfabrikaten für die weiterverarbeitende Industrie und von Waaren für den persönlichen Verkehr nicht ohne Wirkung. Bei den großen Schiffsahrtsgesellschaften tritt erschwerend noch der Umstand hinzu, daß sie, um ihre Stellung im internationalen Konkurrenzkampf zu wahren, zu raschen Kapitalvermehrungen schreiten müssen und daß augenblicklich die Lage des Geldmarktes und die Stimmung des Publikums für solche Kräfteleistungen wenig günstig ist. In der Preisabwertung der Schiffsahrtaktien spiegelt sich dieser Umschlag deutlich wieder: Hamburg: Packetsahrt stand am Ende 1900 noch 181, sie notierte Ende September 145,25, Norddeutscher Lloyd sank im gleichen Zeitraum von 118 50 auf 105.

Charakteristisch ist das Verhalten des preussischen Eisenbahnministers angesichts der Schwierigkeiten der Eisenindustrie. Herr v. Thielen hat niemals einen Finger gerührt, um, soweit das in seinen Kräften stand, den Arbeitsmarkt günstiger zu gestalten. Im Gegentheil, sein System tüchtigster Sparmaßnahmen und rückwärtsgehender Lohnrückbildung hat er auch in den seit Jahresfrist eingetretenen bösen Zeiten unverdrossen fortgesetzt. Der Miquel trauerte wohl noch um vermeintlich höhere

Staatszwecke willen. Herr v. Thielen sparte nur, um zu sparen — allerdings vorwiegend an den Lohnausgaben, indem er systematisch mit relativ weniger Arbeitern auszukommen suchte. Wenn die „Industrie“ Noth leidet, weiß Herr v. Thielen dagegen andere Seiten aufzuziehen, und so hat er allgemein eine stärkere Bau- thätigkeit für sein ungeheures Verwaltungsgebiet angeordnet. Es wäre lächerlich, wenn wir dagegen etwas einwenden wollten. Wir wünschten nur, daß Herr v. Thielen auch den Hunderttausenden der Staatsbahnarbeiter die gleiche zarte Aufmerksamkeit in guten wie in schlechten Zeiten widmete: es könnte dann Vieles anders im Königreich Preußen sein. In kapitalistischen Kreisen war man natürlich von der Puffaktion doppelt erbaut und die Generalversammlung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller beschloß gleich noch weiter, an alle zuständigen Reichs- und Staatsbehörden Eingaben zu richten, in denen gebeten werden soll, daß unter Veranziehung aller vorhandenen, eventuell auch außerordentlicher Mittel eine rasche und reichliche Abgabe des Reichs- und Staatsbedarfs erfolge. An der Spitze gab die Thielen'sche Verfügung Anlaß zur „Erhöhung der Stimmung und der Kurse“; man behauptete nur, daß die preussische Kanalvorlage vorläufig auf absehbare Zeit in das Wasser gefallen und darum auf dieser Seite her kein Ueberbedarf für die Industrie zu erwarten ist. Ueber die Mittel, welche der preussischen Staatsbahnverwaltung zur Behebung der Produktion schon jetzt zur Verfügung stehen, werden folgende nähere Mittheilungen gemacht:

Nach dem letzten Baubericht der preussischen Eisenbahnverwaltung für den Zeitraum vom 1. Oktober 1899 bis dahin 1900 blieben bis zum 30. September 1900 noch 447 000 000 Mk. aus bewilligten Krediten verfügbar, von denen bei Erstattung des Berichtes zu Anfang dieses Jahres 290 000 000 Mk. zur sofortigen Verwendung bereit gestellt waren, während 157 000 000 Mark auf Bahnen und Bauten entfielen, für welche die gesetzlichen Vorbedingungen damals noch nicht beschafft waren. Für neue im Bau begriffene Bahnen und Anlagen blieben 195 000 000 Mk. verwendbar. Hierzu traten dann noch die durch den Etat 1901 bewilligten Summen des sogenannten Extraordinariums im Betrage von rund 100 000 000 Mk. „Es ist zwar nicht bekannt, welche Summen hiervon inzwischen wirklich verwendet sind und welche Beträge jetzt nach Maßgabe des Fortschritts der Vorbereitungen verwendet werden können, immerhin wird man aber sicher zu der Annahme berechtigt sein, daß mehrere Hundert Millionen Mark zu Eisenbahn-Bauten und Anlagen der Staatsregierung aus gesetzlichen Bewilligungen zur Verfügung stehen. Zu den bereits vorhandenen Mitteln der preussischen Staatsbahnverwaltung wird noch ein starker Betrag durch das für die bevorstehende Landtagsession zu erwartende Sekundärbahngesetz kommen, welches im vorigen Jahr mit der Kanalvorlage bei dem vorzeitigen Sessionsende ins Wasser fiel.“

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Krupp'schen „Berliner Neuesten Nachrichten“, denen wir die letzten Angaben entnahmen, auch an die „Dringlichkeit der Wohnungsfrage erinnern und an die Gemeindevorstellungen, jetzt durch Förderung entsprechender Bau thätigkeit ihre Aufgaben zur Hälfte der Wohnungsnoth für weniger Bemittelte energischer durchzuführen.“ Umgekehrt wettezte das Blatt in der Zeit des Aufschwunges und der schlimmsten Wohnungsnoth mit den Hausbesitzervereinen um die Wette, dagegen, daß die Gemeindevorstellungen durch eigene Bau thätigkeit und durch Unterstützung von Bauvereinen dem Grundstücks- und Häuserwucher entgegen zu arbeiten versuchten. So lehrte die Noth beten — und im Uebrigen wird bei der Zusammenfassung unserer Gemeindevorstellungen die ehrbare Klasse der Anfänger sich wohl kaum in das eigene Fleisch schneiden. Aber ein Interessengegensatz innerhalb der Besitzenden tritt hier unleugbar hervor; was die Hausbesitzer sehr ungern sehen würden, wäre vielen, zum Theil großen und einflußreichen Gewerben eine äußerst willkommene Hilfe in der Bedrängniß und Absatzstörung. (Schluß folgt.)

## Versammlungsberichte etc.

**Berlin-Meabit.** In der am 20. Oktober stattgefundenen Zahlstellenversammlung kam nach reger Diskussion über die zur Abstimmung gestellten Fragen das Resultat zu Stande, daß die erste und letzte Frage abgelehnt, die zweite (die Angelegenheit betreffs Beitrags-erhöhung der nächsten Generalversammlung zur Regelung zu überlassen) dagegen angenommen wurde. Obwohl prinzipiell nicht gegen eine mögliche Beitrags-erhöhung, hält die Zahlstelle den jetzigen Zeitpunkt, wo Geschäftslage und damit verbundener geringer Verdienst vorherrschend ist, ungeeignet, um den Mitgliedern, besonders jenen, die unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen auch schon bei besserer Konjunktur arbeiten, eine Beitragserhöhung zumuthen zu können. Die Versammlung glaubt, daß die Klasse wohl noch bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung ihren Verpflichtungen gerecht werden kann. Sollten jedoch Umstände eintreten, die das Gezeuße erweisen, so legt die Versammlung in dem Fernbündnisvorstand das Vertrauen, daß dieser zur rechten Zeit an die Mitglieder



gehört. Das langsame Zurückweichen des kapitalistischen Produktionsverhältnisses, das jahe und heftige Vordringen der Arbeiterforderungen auf den verschiedenen Gebieten, aber auch die immer wiederkehrenden Reaktionsversuche der großkapitalistischen Schachmacher und des klinge-werdtüchtigen, einseitigen Mehrheitswunsches werden auf das Aus-sichtsvollste geschildert und zu einer zusammenfassenden Uebersicht (wie: Geschichte der Arbeiterschutzes-Gesetzgebung in Deutschland — Entwicklung des Arbeiter-Vericherungswesens — Koalitionsrecht, Vereins- und Versammlungsrecht, Berufsvereine — Gewerbegerichte, Einigungsämter), in Spezialartikeln für Einzelfragen (wie: Fabrikinspektion, Frauenarbeit, Kinderarbeit, Sonn-tagsgarantie, Hausindustrie, Lohnbestimmungen, Drucksystem — Kontraktbuch-Bestrafung, Sozialistengesetz, Buch-hausvorlage, Konsumvorlage — Arbeitsbuch, Arbeitsamt, Arbeitskammern, Arbeitsnachweis u. s. f.).

Auch auf die Gesetzgebung für einzelne Arbeits-zweige, mitunter nur Druck- und keine Schutzgesetzgebung, ist stets besonders eingegangen (so in Art. 1 wie: Bäckereiverordnung, Bauarbeiter-schutz, Minenschiffahrt, Bergarbeiter, Gastwirthsgehilfen, Gefinde, Hafenarbeiter und Seeleute, Handlungsgehilfen u. s. f.). Obere Aufmerksamkeit ist den gewerbepolitischen Streitfragen gewidmet: der Geschichte und den Abänderungen der Gewerbeordnung, den Innungsbestrebungen und der Mittel-standstreue, dem Kampfe gegen Genossenschafts- und Konsumvereine. Auch die augenblicklich im Vordergrund des Interesses stehenden handelspolitischen Fragen sind durch orientirende Artikel eingehend behandelt. Weiter findet der Leser reiches Material über die Steuerfragen, über Militarismus, Flotten- und Kolonialpolitik. Eine ihrer politischen Bedeutung entsprechende Würdigung er-fahren endlich auch die Verfassungs- und ähnliche Fragen. Das Buch, das in 35 Lieferungen à 20 Pf. erscheint, soll einen dauernden Werth behalten; deshalb werden jedesmal nach Schluß der parlamentarischen Legislatur-perioden Nachträge zum sozialdemokratischen Reichstags-Handbuch ausgegeben werden, so daß jeder Besitzer über alle Zeit- und Streitfragen der Reichspolitik stets auf dem Laufenden erhalten bleibt. Der billige Preis wird jedem Arbeiter die Anschaffung ermöglichen.

**Das Lübecker Parteitage-Protokoll** ist von der Buchhandlung Vorwärts soeben ausgegeben worden. Es ist umfangreicher geworden als das aller-früheren Parteitage: 320 Seiten. Preis 60 Pf. Ein ausführliches Sprech- und Sachregister erleichtern die Uebersicht. Die Berstein-Debatte, die Stellung von Ge-werkschaft und Partei zu einander, wie sie in der Dis-kussion über die Hamburger Affordmurer-Angelegenheit wieder einmal Haaggestellt worden ist, die Diskussion über die parlamentarische Taktik, speziell die Frage der Budgetbewilligung, das Referat Debetts über „Kollaps und Handelsverträge“ und Südcolums über die Wohnungs-frage haben dem Lübecker Parteitag seine Bedeutung gegeben, so daß das Protokoll, das alle Vorlagen und die wichtigsten Aktenstücke zu den Streitfragen enthält, zu den bedeutsamsten Dokumenten in der Geschichte der Partei gehören wird, das jeder Genosse besitzen sollte. Die Besendung erfolgt in der Reihenfolge der Be-stellungen.

**Druckfehler - Berichtigung.** Das Resultat der Mitgliederabstimmung betreffend (Nr. 42), soll es in Zeile 1 und 13 nicht 1900, sondern 1901 heißen.

### Versammlungskalender.

- Berlin. Vorstandssitzung, Dienstag, 29. Oktober, Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.
- Mien. Sonnabend, 26. Oktober, Abends 1/2 9 Uhr im Vereinslokal.
- Arzberg. Sonntag, 3. November, Nachmittags 2 1/2 Uhr im Vereinslokal. Mitgliederabstimmung. Alle Mitglieder haben anwesend zu sein.
- Berlin II. Montag, 28. Oktober Verwaltungssitzung, Abends 21. Versammlung Sonnabend, 2. November, Abends 9 1/2 Uhr. Mitgliederabstimmung.
- Hankenhain. Sonnabend, 2. November, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Mitgliederabstimmung.
- Colditz. Sonnabend, 2. November, Abends 8 Uhr im Restaurant Sedan. Mitgliederabstimmung.
- Elgersburg. Sonnabend, 2. November, Abends 8 Uhr im Fürstenberg. Der Abschluß wird bis dahin unwiderruflich fertig gestellt.
- Frankfurt a. O. Sonnabend, 26. Oktober im Vereinslokal „Akademische Bierhalle“. Außerordentliche Versammlung. Sonnabend, 9. November Monats-versammlung in der „Akademischen Bierhalle“.
- Frauenth. Sonnabend, 26. Oktober bei Aug. Bollstädt. Mitgliederabstimmung. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.
- Fürstberg a. O. Sonnabend, 26. Oktober, Abends 8 Uhr im Gasthof „Zum Schwarzen Adler“.
- Gotha. Sonntag, 3. November, Nachmittags 3 Uhr im Restaurant „Zur Erholung“. Mitglieder-abstimmung.
- Gräfenhain. Sonntag, 27. Oktober, Nachmittags 1/2 3 Uhr im Vereinslokal. Die Mitglieder werden aufgefordert, die Beiträge zu begleichen, andern-falls sie getrichen werden. Alle erscheinen.

- Kahl a. Sonnabend, 2. November, Abends 8 Uhr im Rosengarten. Mitgliederabstimmung.
- Koimar. P. Sonnabend, 26. Oktober außer-ordentliche Jahreshauptversammlung. Mitgliederabstim-mung und Zahlen der Beiträge wegen Quartals-abschluß.
- Kloster-Bebra. Montag, 28. November im Gasthof „Zum goldenen Löwen“.
- Kronach. Sonntag, 3. November, Nachmittags 2 Uhr im Vereinslokal.
- Langewiesen. Sonntag, 10. November in der Zentralthalle.
- Reichen. Sonnabend, 2. November, Abends 8 Uhr im Turmhaus. Erscheinen aller ist Pflicht.
- Martinsroda. Sonnabend, 2. November, Abends 8 1/2 Uhr im Gasthof „Zum Thüringer Wald“.
- München. Sonnabend, 2. November im Restau-rant „Zur Altheim“, Ecke Hindlins- und Schillerstraße.
- Nürnberg. Sonnabend, 26. Oktober im „Fels-edel“, Ecke Felseder- und Fabrikstraße.
- Pforzheim. Mittwoch, 30. Oktober im Ge-werkschaftshaus „Zum goldenen Löwen“. Wegen Mit-gliederabstimmung ist das Erscheinen sämtlicher Mit-glieder nöthig.
- Selb. Sonntag, 27. Oktober, Nachmittags 2 Uhr findet im Vereinslokal Ludwigskeller eine Jahreshaupt-versammlung statt.
- Schwarz. Sonnabend, 26. Oktober, Abends 1/2 9 Uhr im Lokale des Löwen. Mitgliederabstim-mung.
- Spandau. Sonnabend, 2. November im Ver-einslokal punkt 8 Uhr.
- Suhl. Sonntag, 3. November, Nachmittags 3 Uhr in der Domburg Ansicht in Suhl.
- Tettau. Sonnabend, 26. Oktober, Abends 6 Uhr bei H. Pöschel. Mitgliederabstimmung.
- Unterpörlitz. Sonnabend, 2. Novbr., Abds. 8 Uhr im Vereinslokal. Abstimmung über die 3 sehr wichtigen Fragen. Das Erscheinen aller ist sehr notwendig. Es wird den Mitgliedern bekannt gemacht, daß bis dorthin der Abschluß pro 3. Quartal bestimmt fertig gestellt wird, wozu die Resten der Extrabeiträge auch gehören.
- Zella. S. Sonntag, 3. November, Vormittags 10 Uhr im Vereinslokal. Mitgliederabstimmung.

### Sterbetafel.

Sorau. Oskar Apelt, Porzellandreher, geb. 28. Januar 1877 in Sorau, gest. 8. Oktbr. 1901 an Lungenspitzenkatarrh. Letzte Krankheitsdauer 1 Jahr 2 Monate 6 Tage. Mitglied des Verbandes und Beihilfefonds.  
Ehre seinem Andenken.

### Adressen-Nachtrag.

- Martinroda. Vorf.: Otto Altenfelder, Maler.
- Sorau. Vorf.: Max Monneberger, Seifen-fabrik, Ranzendorferstraße. Kass.: Max Jensch, Prie-buffelstr. 28. Revif.: Emil Gienetz, Seifenbof, Dorfstr. 14.
- Wilda. Vorf.: Wilhelm Westphal, Dreher, Fabrikstr. 21. Revif.: Oskar Schulze, Kronprinzen-straße 52.
- Hermisdorf. Vorf.: Richard Garbt, Maler, Reichendörferstr. 7.

### Goldschmiedere

goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.  
Oskar Rottmann, Stadtilm, Thür.

### Goldschmiedere

sowie alle goldhaltige Sachen kauft zu den höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung  
Otto Hamann, Neustadt i. Sachsen.



la. echte Pariser Pinsel empfiehlt Anton Müller, Frauenth b. Verdau i. S.

### Emil Böhme

Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Ganzgold, Goldschmiedere und alle goldhaltigen Sachen.  
Reelle und pünktliche Bedienung.  
Hiesiger Versand-Praktik. Aelteres Geschäft dieser Art.

**Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Napfe u. s. w.** werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mt. 60 Pf. ausbezahlt. Sendungen werden schnell erledigt.

H. Haupt, Dresden-A. Hammerstr. 12.

Bayreuth. Die hiesige Zahlstelle veranstaltet am Sonnabend, den 26. Oktober in der Zentralthalle ihren ersten

### Stiftungsball,

verbunden mit Festspeise vom Gen. Lang aus Schwarzenbach. Die umliegenden Zahlstellen werden hierzu freundlichst eingeladen.  
Die Verwaltung.

Ilmenau. Sonntag, den 27. Oktober

### 25 jähriges Stiftungs-Fest.

Ansprache des Genossen Reidt. Instrumental- und Gesangskonzert sowie humoristische Vor-träge von Herrn Max Scharr. Einen genussreichen Abend versprechend, laden wir alle Porzellanarbeiter Ilmenaus, sowie der naheliegenden Zahlstellen freundlichst ein. Eintritt 20 Pfg.  
Die Verwaltung.

### Colditz!

### Colditz!

Sonnabend, den 26. Oktober d. Js. feiert die hiesige Zahlstelle ihr diesjähriges

### Stiftungs-Fest

im Saale des „Häusschen Hofes“. Beginn Abends 1/2 7 Uhr. Die Zahlstelle Geringswalde ist hierzu freundlichst eingeladen. Zahlreiche Theilnahme erwünscht.  
Die Verwaltung.

Gotha. Sonnabend, den 9. November, Abends 8 Uhr, findet im Lokale „Zum Anker“ das

### 8. Stiftungs-Fest

bestehend aus großem Instrumental-Konzert der Gotthard Stadtkapelle mit darauffolgendem Ball statt.  
Die Verwaltung.

Meissen. Ersuche die Mitglieder ihre restirenden Beiträge und Extrabeiträge bis zum 2. November zu begleichen.  
Der Kassirer.

Martinroda. Die Mitglieder werden hiermit auf-gefordert, ihre Beiträge bis spätestens zum 26. Oktober zu begleichen, widrigenfalls nach dem Statut verfahren wird.  
Der Kassirer.

Langewiesen. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß ich am Sonntag, den 27. Oktober den Abschluß fertig stelle, und ersuche die Mitglieder, bis dahin ihre Bei-träge in Ordnung zu bringen, weil ich mein Amt nieder-lege, und in nächster Ber-sammlung ein neuer Kassirer zu wählen ist.  
Der Kassirer.

Tettau. Fordere die Mitglieder auf, wegen Quartals-abschluß ihre Reste bis Sonntag, den 27. Oktober zu begleichen.  
Der Kassirer.

Plaus. Wegen Quartals-Abschluß ersuche die restirenden Mitglieder ihre Beiträge für das 3. Quartal bis Sonntag, den 27. Oktober zu begleichen. Auf § 5, Abs. 2 des Verbandsstatuts mache ich besonders auf-merksam.  
Der Kassirer.

**Achtung! Arzberg. Achtung!**  
Die Agitations-Kommission des 16. Agitations-Bezirks beruft eine

### Konferenz

der Vertrauensmänner nach Waldsassen für Sonntag, den 3. November, Mittags 12 Uhr im Ver-einslokal (Johann Strobel) ein.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung der Agitations-Kommission und der Vertrauensmänner.
  2. Anträge. 3. Verschiedenes.
- Zugehörig: Arzberg, Munsfeldel, Markt, Redwitz, Hohenberg a. S., Waldsassen, Tischenreuth, Weiden, Bayreuth.

Die Agitations-Kommission des 16. Bezirks.

### Arbeitsmarkt.

### Ein junger Former,

ledig, welcher in allen Artikeln gut arbeitet, sucht baldigst dauernde Stellung. Offerten unter E. K. an die Red. d. Blatt. zu richten.

### 2-3 Glasmaler,

die in gebrannten und kalten Farben arbeiten, werden sofort aufgenommen.  
Max Korn, Groß-Mücheln, N.-S.